

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/39. Jahrgang

September 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Telekom schließt Gießener Call-Center 150 Beschäftigte sind betroffen

Nach 15 Uhr am 21. August war die Katze aus dem Sack: das Callcenter der Telekom in Gießen wird geschlossen. Betroffen sind 150 Beschäftigte, darunter 33

Schwerbehinderte und 50 Teilzeitbeschäftigte. Etwa 80 Kolleginnen und Kollegen protestierten zu diesem Zeitpunkt in der Liebigstraße gegen die Pläne der Telekom und für den Erhalt ihrer



Wer bezahlt die Innenstadtgestaltung?

Der Kugelbrunnen am Kreuzplatz bleibt nun doch wo er ist und fast auch wie er ist. Insgesamt soll die Neugestaltung der Fußgängerzone, insbesondere der Bodenbeläge und Beleuchtung, von Mäusburg bis Plockstraße und Nebenstraßen bis November 2009 abgeschlossen sein – und mehr als 2 Mio. Euro kosten. Wenn damit eine Verschönerung unserer nicht gerade attraktiven Innenstadt herauskommt, dann ist das Geld sicher gut angelegt.

Aber um wessen Geld handelt es sich? Mehr als 1,5 Mio. Euro, also 75% der Kosten, sollen die „Anlieger“ bezahlen. Jeder der dortigen Grund-

ter geschlossen und weitere 6000 Arbeitsplätze der Telekom ausgegliedert werden sollen, was für die Betroffenen längere Arbeitszeiten bei weni-

ger Einkommen bedeutet.

kaum jemand - fast 90% sind Frauen - annehmen. Brigitte Reinelt (verdi) informierte, daß bundesweit 39 von bisher 63 Callcen-

ter geschlossen und weitere 6000 Arbeitsplätze der Telekom ausgegliedert werden sollen, was für die Betroffenen längere Arbeitszeiten bei weni-

ger Einkommen bedeutet. Anwesend waren auch die Honoratioren der Stadt: u.a. OB Haumann, sowie die MdL Merz und Schäfer-Gümbel (SPD), also die Vertreter derjenigen Parteien, die – grundgesetzwidrig – die Post privatisiert haben, die damit auch für diese Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind, und die jetzt das gleiche böse Spiel mit der Bahn vorantreiben. Ihre hier gezeigte "Solidarität" ist schal - wenn nicht geheuchelt. Die DKP Gießen hat bereits am Vortag den Beschäftigten mit einem Schreiben ihre Solidarität übermittelt (s.Seite 2).

Dies ist nur ein Beispiel unter vielen,

(Fortsetzung auf Seite 3)

Inhalt:

U.Eco zu Faschismus/Kommunismus	LobS.2
Für neutrale KITAS/Anti-Nazi-Demo	S.3
Arbeitsamttelefon/Teuerungswelle	S.4
Igel & Hase/Bienensterben	S.5
Buchbesprechungen: N.Klein + F.Kautz	S.6
Leserbriefe/Anzeige/Hacks/Hammerzahl	S.7
Nie wieder Krieg ohne uns/Antikriegstag	S.8

ger Einkommen bedeutet.

Anwesend waren auch die Honoratioren der Stadt: u.a. OB Haumann, sowie die MdL Merz und Schäfer-Gümbel (SPD), also die Vertreter derjenigen Parteien, die – grundgesetzwidrig – die Post privatisiert haben, die damit auch für diese Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind, und die jetzt das gleiche böse Spiel mit der Bahn vorantreiben. Ihre hier gezeigte "Solidarität" ist schal - wenn nicht geheuchelt. Die DKP Gießen hat bereits am Vortag den Beschäftigten mit einem Schreiben ihre Solidarität übermittelt (s.Seite 2).

Dem Frieden eine Chance
**TRUPPEN RAUS
AUS AFGHANISTAN**

**Samstag, 20. September:
Demonstration in Berlin
und Stuttgart**

Busfahrten aus Frankfurt bzw. Mittelhessen: nach Stuttgart sowie weitere Infos siehe: www.afghanistandemo.de

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Unser Verhältnis zur „Partei Die Linke“ (PDL)

Nun ist die Frage des Verhältnisses zwischen DKP und PDL nicht derart weltbewegend, dass davon die Zukunft unseres Landes abhängt – zumindest nicht die nähere.

Dennoch ist die Frage nicht unbedeutend, wie sich die PDL entwickelt. Während die DKP das kapitalistische System als die Ursache von Ausbeutung, Verelendung und Kriegsführung sieht, will die PDL im Rahmen dieses Systems die Lage der Menschen durch Reformen verbessern. Dies ist sehr ehrenwert und wir unterstützen den Kampf um derartige Reformen.

Gleichzeitig warnen wir Kommunisten vor Illusionen: Im Kapitalismus wird Arbeitslosigkeit und Verelendung (darauf hat Karl Marx schon hingewiesen) nicht zu überwinden sein. Ebensovienig ist eine Rückkehr zur sog. „sozialen Marktwirtschaft“ („Sozialstaat“) möglich, in der sozialen Errungenschaften erkämpft werden konnten vor dem Hintergrund der Existenz der sozialistischen Staaten wegen der Systemkonkurrenz.

Die Ziele Geldvermehrung (Akkumulation des Kapitals), Aktiengewinne, Ausweitung der Märkte mit Wegfall

der Zollgrenzen führt zur Ausbeutung der Rohstoffe (ÖL, Bodenschätze wie Erze) in anderen Ländern und wenn nötig zum Einmarsch, also Krieg.

Wenn wir also einerseits die Zielstellung einer reformistischen Partei wie der PDL bei konkreten Aufgaben unterstützen, erscheint andererseits die Wendung in eine staatstragende Partei problematisch. Gysi schätzt Obama (der den Krieg in Afghanistan ausweiten will), Bisky kann sich eine Koalition mit der CDU vorstellen – sie alle wollen im Westen ankommen bzw. sind schon angekommen.

Wenn nun Ramelow in Thüringen Ministerpräsident werden will, kann er noch so viele Menschen mit „Stasi-Vergangenheit“ rauswerfen, die Vorwürfe „SED-Nachfolgepartei“ zu sein, werden so lange wiederholt werden, bis die PDL als integrative links-liberale Partei ihre zugewiesene Rolle im Parteienspektrum Deutschlands gefunden hat. Dort hat sie die Aufgabe, aufbegehrende junge Leute zu integrieren, wie das vor Jahrzehnten Aufgabe der SPD, und dann der Grünen war.

Gerade die Grünen, die aus Teilen einer progressiven Bewegung für Demokratie und Umweltschutz hervorgegangen sind, zeigen: aus einer fortschrittlichen wurde eine rechte Partei. Die Grünen waren Pazifisten, gegen Kriege von deutschem Boden aus. Dann wurden sie für den Überfall auf Jugoslawien (gemeinsam mit der SPD) gebraucht, und

„Es macht für gewisse Zeit Sinn – ich sage nicht für hundert Jahre – dass es eine Kraft links vor der SPD gibt“, sagt **Gregor Gysi**. „Ich wollte immer eine starke Volkspartei. An diesem Ziel halte ich auch fest“, sagt **Oskar Lafontaine**. „Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass die demokratische Linke irgendwann wieder in der SPD zusammenfinden wird“, sagt **Kurt Beck**. Drei Männer, eine Idee: Vereinigung von SPD und Linkspartei zu einer einzigen großen linken Volkspartei. (H.-U. Jörges, Wenn die Linke eins wird, in "stern", Nr. 22/2008)

J. Fischer trieb die Kriegsbegeisterung mit der Parole an: „Auschwitz darf sich nicht wiederholen“. Also wurde zurückgeschossen.

An diese Schweinerei, an diese Verharmlosung der Naziverbrechen durch Fischer, soll deswegen erinnert werden, weil es auch schon in der PDL Stimmen gibt, die sich Kriegseinsätze („aber nur mit UNO-Mandat“) vorstellen können.

Ideologische Klarheit ist erforderlich, um effektiver die Zusammenarbeit in Bündnissen, auf kommunaler Ebene oder auch im Kampf gegen Rechts weiterzuführen.

Wir treten gegen jegliche Ausgrenzung gegenüber der PDL auf, wenn es hier in Gießen darum geht, finanziell Schwache zu unterstützen, gegen Nazis oder sonstiges Unrecht aufzutreten. Dabei bleiben wir, auch wenn uns gelegentlich vorgeworfen wird, wir würden mit der PDL sozialdemokratische Politik betreiben. Die Kritik nehmen wir dennoch ernst. Michael Beltz



DKP an die Beschäftigten des Callcenters in Gießen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder der DKP Gießen sind mit Euch empört über die Pläne zur Schließung des Gießener Call-Centers. Auch das mögliche „Angebot“ eines Arbeitsplatzes in Fulda oder Eschborn ist für die allermeisten nicht annehmbar, da zu weit entfernt und mit Familie nicht vereinbar. Die Telekom erweist sich erneut als profitorientierter Logistikkonzern, der streng nach wirtschaftlichen Kriterien geführt wird, und nicht als öffentliches Dienstlei-

stungsunternehmen, das die Kommunikation der Menschen zu günstigen Tarifen gewährleistet. Erneut erweist es sich als Fehler, daß die Post zerschlagen und privatisiert worden ist. Betroffen sind sowohl die Beschäftigten als auch die Telekom-Kunden. Denn die Einschränkung der Call-Center wird sich auch auf den Kunden-Service negativ auswirken. Die DKP steht Euch in Eurem Bemühen im Erhalt Eurer Arbeitsplätze solidarisch zur

Seite. Der rigorosen Arbeitsplatzvernichtung, Rationalisierung und Arbeitszeitverlängerung in den früher öffentlichen Unternehmen wie Bahn und Post aber auch in Konzernbetrieben wie u.a. Siemens und Nokia kann muß entschieden entgegengetreten werden. Das geschieht am besten durch Solidarität und gemeinsamem Kampf aller Betroffenen.

Mit solidarischen Grüßen

Erika Beltz, DKP Kreisvorstand

Stadttheater: Peinlicher Eiertanz um Barrierefreiheit

Wenn behindertengerechte Zugänge gefordert werden, schaltet der Magistrat auf stur. Körperlich behinderten Menschen durch einen barrierefreien Zugang den einfachen Weg in das Gießener Stadttheater zu ermöglichen, scheitert am unsensiblen Verhalten der Koalition (CDU/Grüne/FDP).

Da erzählt Frau Wagener (CDU) von freundlichen Mitarbeitern, die gerne mal den Rollstuhl hoch tragen. Aber wie geht es Menschen, die ständig auf Hilfe angewiesen sind, anstatt sich selbst helfen zu können? Dann weist sie auf Toiletten für Behinderte hin, ohne zu wissen, dass Frauen sich dann zur Männertoilette bewe-

gen müssen. Den meisten Menschen, die nicht in irgendeiner Weise behindert sind, fehlt nun mal aufgrund mangelnder Erfahrung die Sensibilität für die Probleme anderer.

Meistens werden als Argumente gegen einen behindertengerechten Eingang in das Stadttheater Denkmalschutz und Kosten gebracht. OB Haumann wusste gar im Sozialausschuss die Summe von einer Million zu nennen. Woher hat er diese Zahl, wenn doch mit Verweis auf die Unmöglichkeit eines Umbaus kein Kostenvoranschlag gemacht werden sollte.

In der Lüneburger Heide wird mehr auf die Menschen als auf die Ästhetik



Rollstuhlgerichte Kutsche in Undeloh

geachtet. Hier wurde an einer Kutsche eine Rampe angebracht, um Behinderten den Einstieg zu ermöglichen – wobei sogar noch Platz verloren geht. – Was doch in der Heide alles möglich ist! Michael Beltz



Das Selterstor bevor das E-Klo gebaut wurde

(Fortsetzung von Seite 1)

Innenstadtgestaltung

wie die Stadt Kosten, die eigentlich sie tragen müsste – denn dafür bezahlen wir Steuern – auf die Einwohner abwälzt.

Daß die Stadtkasse chronisch leer ist, ist hinlänglich bekannt. Nicht bekannt sind dagegen irgendwelche Initiativen der Stadtoberen (weder zu Zeiten eines CDU- noch eines SPD-Magistrats) gegen diese unhaltbare Verteilung des Steueraufkommens. Und das ist ja auch nur zu verständlich, denn in der Bundesregierung, die das ändern könnte aber nicht will, sitzen ihre eigenen Parteifreunde. So wurde folgerichtig einer der ersten Anträge von Michael Beltz (Fraktion die Linke), der darauf abzielte, die Steuer- verteilung zu verändern, von allen abgelehnt. Städte und Gemeinden erhalten nur rund 12% des Gesamtsteueraufkommens und müssen damit etwa zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen durchführen.

Mit den so selbst erzeugten „Sachzwängen“ lassen sich dann alle Schweinereien rechtfertigen: Sozialabbau, Kürzungen beim Gießen-Paß, Abschaffung des Frauen-Nacht-Taxis, unzureichende Infrastruktur, fehlende soziale und kulturelle Einrichtungen, Gebührenerhöhungen... und Straßenanliegergebühren.

Erika Beltz

Was wird aus dem E-Klo?

Eine alte Frage lautet: Wie können Gehbehinderte mit Rollstuhl oder Rollator, Menschen mit Kinderwagen das Selterstor überqueren? Während die Rolltreppen - für 750.000 Euro - erneuert werden sollen, werden Fahrstühle nicht vorgesehen. - Argumente: Vor Karstadt geht nicht, da das Gelände zu Karstadt gehört. Vor der Dresdner Bank geht nicht, da das Gelände zur Bank gehört. Realität: Beides falsch! Das städtische Gelände reicht aus.

Prof. Fischer-Schlemm schlägt vor, das Elefanten-Klo abzureißen und legt dafür einen Plan für eine ampelgeregelte Verkehrs-führung vor, einschließlich der Fußgängerüberwege. Zu überlegen ist, ob nicht dort wieder ein Kreisverkehr einzurichten möglich wäre.

Unsere Stadt soll sicherer werden

Die Linksfraktion hatte beantragt, die in der Fußgängerzone quer über die Straße gespannten Transparente zu entfernen, weil sie gefährlich für Passanten werden können.



Erst vor ein paar Jahren war ein Band vom Sturm heruntergerissen und daraufhin alle weiteren beseitigt worden.

Das wurde im Bauaus-schuß abgelehnt – pikanterweise am gleichen Abend, als der Tornado durch Gießen tobte, Bäume umriß, Dächer abdeckte und Fassaden bröckeln ließ.

Jetzt hat uns „BID“ einen weiteren Schandfleck beschert. Es gab schon mal eine Diskussion darüber, daß im Seltersweg die großflächige Werbung eingedämmt werden sollte, die die Stadt nur veranstalte...

Hartz-IV verschlimmbessern?

Die SPD arrangierte am 12.08.2008 im Bürgerhaus in Kleinlinden eine Veranstaltung zur Legalisierung der vom Bundesverfassungsgericht als rechtswidrig befundenen ARGEn in sogenannte „Kooperative Jobcenter“ und zur Darstellung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Als Referent war Staatssekretär Scheele (SPD) vom Bundesarbeitsministerium eingeladen. Scheele war im Wesentlichen zusammen mit dem Direktor der Bundesagentur für Arbeit an der Entwicklung der geplanten Kooperativen Jobcenter beteiligt. Eine Änderung des Grundgesetzes soll es ermöglichen, dass auch in Zukunft Bund und Kommu-

nen gemeinsam die Hartz – Gesetze umsetzen. Scheele machte klar, dass der Geldgeber – in diesem Fall der Bund – sich auch in Zukunft die Hoheit in Bezug auf Personalfragen und den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten nicht aus der Hand nehmen lasse. Endlich protestierten auch leitende Mitarbeiter der GIAG, des Landkreises und von Beschäftigungsträgern gegen das zentralistische Vorgehen, das die Arbeit der Beteiligten erheblich erschwert. Auch kritisierte ein GIAG Mitarbeiter die vorgegebene Erhebung der Kontaktdichte der Sachbearbeiter, anstatt die Erfassung der Eingliederungsquote in den Arbeitsmarkt vor-

nehmen zu lassen. Die Sinnhaftigkeit dieser Maßnahme lasse zu wünschen übrig und erschwere die Verwaltungsaufgaben beträchtlich. Diese Kritik wurde bereits 2006 von mir als Kreistagsabgeordnete für Die Linke, mehrfach in Ausschüssen und im Kreistag geäußert. Staatssekretär Scheele von der SPD hat laut der „Financial Times“ vom 30.01.2008 in Hamburg als Beschäftigungsträger erfolgreich Langzeitarbeitslose in Billigjobs vermittelt. Das begünstigt Lohndumping und ist karrierefördernd. Es entstand der Eindruck, dass Scheele die Unausgegorenheit der Hartz-Instrumente den Organen der Exekutiven, also in diesem Fall den GIAG Mitarbeitern, anlasten will.

Andrea Jacob,
Kreistagsabgeordnete

Als hiesige Kommunal- und „Arbeitsmarkt“-Politiker sich am 12. August in Kleinlinden trafen, protestierten Gießener Montagsdemonstranten (Foto) vor dem Bürgerhaus. Dort erörterte Staatssekretär Scheele vom Bundesarbeitsministerium u.a. die „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ oder anders ausgedrückt: wie Hartz IV, das System von Erniedrigung, Schikane, Zwangsarbeit und Armut, perfektioniert werden kann. Dagegen traten Demonstranten mit ihrem Transparent und den Losungen auf: „Weg mit Hartz IV“, „keine 1-€ Jobs!“, „Hartz IV = Armut“, „Wir wehren uns“, „Hartz IV abschaffen – subito!“ Über diese Aktion fand sich in den Gießener Tageszeitungen, denen jeder Tibet-Furz einen Bericht wert ist, kein Wort - obwohl beide über die Veranstaltung mit Foto des Referenten berichteten.



Ball und GIAG

Am 1. September startet ein Projekt der Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen (GIAG) mit dem Namen „Ball und GIAG“.

Mit diesem Projekt wolle man junge Menschen auf das Berufsleben vorbereiten. Bildungs- und Integrationsangebote sollen sich auch um den Sport, insbesondere um den Fußball drehen. Zum Abschluss der Maßnahme können die jungen Frauen und Männer einen Fußball-Trainerschein in der Form einer C-Lizenz erwerben. Aber auch Sprachförderung, mathematisches Wissen und Bewerbungstraining wurden am Rande erwähnt. Der Begriff Integration wird immer wieder gerne instrumentalisiert: Je nach politischem Standpunkt konnte er Anpassung, Assimilation, Eingliederung, Zusammenleben oder Mitbestimmung bedeuten. Im Sinne einer demokratischen Gesellschaft kann Integration aber nur die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft bedeuten. Es geht um gleiche Rechte

und Pflichten, um Chancengleichheit und vieles mehr.

„Nur im Sport erreichen Sie alle Menschen“, stellte sich Bouffier hinter das Projekt. Diese Aussage ist eine politische Bankrotterklärung! Wenn wir die Menschen nur noch über den Sport erreichen können, müssen wir die Frage stellen, wie weit es dieses politische System getrieben hat!

Andrea Jacob,
parteilose Kreistagsabgeordnete Die Linke



Das Kapital versteht die Welt nicht mehr

Die Sprecherin der Stadtwerke Gießen, Ina Weller, hatte gehofft, dass „der Kelch an uns vorüber geht.“ Das war im Juni dieses Jahres. Nun halten wir die Ankündigung der Gaspreiserhöhung in Händen, Steigerung um fast 27%. Schuld ist, wie bei uns heute üblich, China. Zwischen 2000 und 2007 sind nach OECD-Daten die Netto-Importe Chinas um 2,26 Millionen Barrel (150 Liter) pro Tag gestiegen. Das sind nicht mal 3% des Weltverbrauchs. Wie solch ein Nachfrageanstieg, über sieben Jahre verteilt, den Preisanstieg von 28 Dollar auf über 130 verursacht haben kann, bleibt das Geheimnis der Energiekonzerne. Die Stadtwerke wissen, die Preiserhöhung trifft uns Verbraucher in der Zeit allgemeiner Preissteigerung hart, hofft aber auf unser Verständnis. Schließlich wurden die Preise doch seit Januar diesen Jahres nicht mehr erhöht. Da besteht Nachholbedarf, auch wenn zur Zeit der Ölpreis, an den der Gaspreis unsinnigerweise gekoppelt ist, fällt. Auch der Müllpreis steigt. Die Stadt sieht es allerdings so, dass bei gleich bleibendem Preis nur die Leistung vermindert wird. Am Tag der Ankündigung drastisch höherer Gas- und Fernwärmekosten gibt auch die

Bahn eine noch nicht genau quantifizierte Fahrpreiserhöhung für Dezember bekannt. Unser Verständnis kann man voraussetzen, denn die letzte Fahrtkostenverteuerung fand im Dezember 2007 statt und die Bahn hält ihre Preisgarantie für 2008 fast ein. Schließlich sollen die zukünftigen Aktionäre zu Weihnachten auch eine kleine Freude haben. Die Lebenshaltungskosten steigen auf breiter Front im Galopp und haben die Lohnerhöhung längst aufgefressen. Rentner und Hartz IV-Empfänger sind seit Jahren im Minus.

Der Gießener Anzeiger, wie andere Blätter auch, hatte im Dezember 2007 getitelt: „Konsum treibt Konjunktur an. Kauflaune 2008 wichtige Säule des Wachstums.“ Die Menschen hätten doch wieder mehr im Portemonnaie. Wer bei dem faulen Zauber der Ein-Euro-Jobs, Ministellen, Teilzeit- und Leiharbeit zu solchen Voraussagen kam, ist jetzt verständlicherweise enttäuscht. So der „Spiegel“ vom 18. August 2008: „Jahr der Enttäuschung.“

„Freuen Sie sich auch über steigende Preise? Mit unserem Fonds können Sie an der Wertentwicklung der wichtigsten Agrarrohstoffe partizipieren“, wirbt laut Frankfurter Allgemeine vom 20. Juli 2008 eine Bank. 1 Milliarde Menschen auf der Welt hungert.

Nach langer Flaute sollte der private Konsum die Rolle des Konjunkturmotors übernehmen. Doch die beschleunigte Inflation hat die Verbraucher tiefgreifend verunsichert. Die Kauflaune ist schlecht wie schon lange nicht mehr und stürzt den Handel in die nächste Krise.“ Im Aufschwung ist es wie verhext“, „die Konsumenten streiken trotz gestiegener Einkommen“ (Frankfurter Allgemeine vom 3. Aug. 2008). Und nun bricht bei galoppierender Inflation die Konjunktur ein. Siemens, Infineon, Telekom planen Kündigungen. „Es droht Stagflation“ (Rezession und Inflation zugleich), sagte das Gießener Echo im September 2007 voraus. Klaus Mewes

Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde. Karl Marx, Das Kapital, Bd. III, MEW 25, S. 501.



Jugendhilfe: Personalabbau bei steigenden Fallzahlen

Auch in Gießen gab es sehr dramatische Fälle von Kindeswohlgefährdung und die DKP fordert schon seit langem eine bessere personelle Ausstattung des Stadtjugendamtes. Jetzt zeigen die Zahlen für die Bundesrepublik wie der schlanke Staat einen weiteren Abbau von Beschäftigten in der Jugendhilfe zu verantworten hat. Zwischen 2002 und 2006 ist der Personalbestand in der gesamten Jugendhilfe um 2,3% gekürzt worden. Dabei sind sogar in den Kindertages-

stätten 1,9 % mehr Stellen geschaffen worden. Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe wurden jedoch 11% der Stellen abgebaut; bundesweit gibt es 15.300 Vollzeitstellen weniger. In der Kinder- und Jugendarbeit sind 28% der Stellen gestrichen worden, im ambulanten und teilstationären Bereich 12,5% und in der stationären Jugendhilfe 5,7%. Demgegenüber gab es für Hessen 2007 eine deutliche Steigerung von Fallzahlen. Gegenüber 2006 stieg die

Zahl der vorläufigen Inobhutnahmen um 8% an. 2010 Kinder waren betroffen, davon 965 unter 14 Jahren, eine Zunahme von 2006 nach 2007 um 28%. Die DKP Gießen fordert weiter einen deutlichen Stellenausbau im Jugendamt, sowie im Bereich der Jugendhilfe insgesamt. Die weitere Zerschlagung sozialer Sicherungen drückt sich auch und gerade in diesen erschreckenden Zahlen der Kinder- und Jugendhilfe aus, Kinder sind von Armut besonders betroffen. K.S.

NATO fördert den Krieg im Kaukasus

Angestiftet von USA und NATO hat der Präsident Georgiens, Michail Saakaschwili, einen Krieg gegen Rußland begonnen und damit Unheil über die Menschen in Südossetien und in seinem Land gebracht. Geplant war die Rückeroberung des Gebietes von Südossetien, die Zerstörung der dortigen Dörfer und Städte und die Vertreibung der Menschen war eingeplant. Die zu erwartende Reaktion der Russischen Armee führte aber auch zu Tod und Zerstörung in Georgien selbst. Die Autonomiebestrebungen in Südossetien und Abchasien werden oft mit den Vorgängen in Tibet oder im Kosovo verglichen. Im Kaukasus aber ist alles anders. Die beiden Gebiete haben in vor-sowjetischen Zeiten nie zu Georgien gehört. Sie sind lange vor Georgien (Ossetien 1774) freiwillig dem Russischen Reich beigetreten. Erst 1922, im Laufe der Bildung der Sowjetunion, wurde Ossetien – zur Enttäuschung der dort lebenden Menschen – geteilt und gemeinsam mit Abchasien der neu gegründeten Sowjetrepublik Georgien zugeschlagen. Da sie aber Autonome Gebiete wurden, blieben ihre Sprache und Kultur geschützt. Die Republikgrenzen spielten innerhalb der So-

wjetunion keine allzu große Rolle, schließlich galten überall die Gesetze der Union. Trotz der Zugehörigkeit zu Georgien blieben die Verbindungen zu Nordossetien und zur Russischen Föderation stärker als die zur eigenen Republik, gesprochen wurde die eigene Sprache und russisch, kaum georgisch. Verheerend für bei-

die zukünftige Zugehörigkeit, erklärte die Autonomie für aufgehoben und versuchte mit Gewalt die "Georgisierung der Gebiete. Die Bewohner wehrten sich und zwangen in einem langen Krieg mit vielen Opfern die georgische Armee zum Rückzug. Abchasien und Südossetien riefen eigene Republiken aus und stellten sich unter den Schutz der Russischen Föderation.

Die georgische Regierung führt ihr Land durch ihre einseitige Orientierung auf USA und NATO wirtschaftlich in eine Sackgasse. Sie haben damit zwar einen verlässlichen Waffenlieferanten, aber keinen wirtschaftlichen Partner. Die georgischen Waren – landwirtschaftliche Produkte, Tee, Wein – hätten bei freundschaftlichen Beziehungen zum Nachbar Rußland sichere Abnehmer, auch die zu Sowjet-



de Gebiete war das Ende der Sowjetunion. Vorausschauend trat Südossetien bereits 1989 aus der Sowjetrepublik Georgien aus und erklärte sich zu einer Autonomen Sowjetrepublik, was von Georgien aber nicht akzeptiert wurde. Nach dem Austritt Georgiens aus der UdSSR (1991) unterband es die bei Auflösung der Union vorgesehene Volksabstimmung über

die Gebiete war das Ende der Sowjetunion. Vorausschauend trat Südossetien bereits 1989 aus der Sowjetrepublik Georgien aus und erklärte sich zu einer Autonomen Sowjetrepublik, was von Georgien aber nicht akzeptiert wurde. Nach dem Austritt Georgiens aus der UdSSR (1991) unterband es die bei Auflösung der Union vorgesehene Volksabstimmung über

Gernot Linhart

Empfehlenswert: Polit-Krimis von Wolfgang Schorlau



Die blaue Liste Denglers 1. Fall.

Privatdetektiv Georg Dengler, früherer Fahnder beim BKA, ist einem Fall auf der Spur, der fast zu brisant für ihn wird... über die Ermordung des Treuhänders Rohwedder, den Ausverkauf Ostdeutschlands und den Tod von W. Grams in Bad Kleinen... Tatsächlich wurden alle drei "Geschehnisse" nie wirklich aufgeklärt.



Fremde Wasser Denglers 3. Fall

Tod im Bundestag. Die Familie der Abgeordneten Angelika Schöllkopf glaubt nicht an ein natürliches Ableben. Georg Dengler ermittelt – und befindet sich plötzlich selbst in Gefahr. Es geht um Wasser – und um die Macht im Land.



Das dunkle Schweigen Denglers 2. Fall

"Es geht um eine Erbschaftssache," sagt R. Sternberg. Er beauftragt Dengler, Licht in eine merkwürdige Familienangelegenheit zu bringen. In den Unterlagen seiner verstorbenen Mutter fand er einen Vertrag von 1947, in dem sein Großvater das alte Schlosshotel an die Familie Roth überschreibt. Ohne erkennbare Gegenleistung



Brennende Kälte Denglers 4. Fall

"Suchen Sie meinen Mann", sagt Sarah Singer, "er ist gefährlich." Der Berufssoldat kehrte aus Afghanistan zurück – und verschwand kurz darauf. Privatmittler Georg Dengler stößt auf ein Staatsgeheimnis – und steht plötzlich mächtigen Interessen im Weg...

(Kiepenheuer & Witsch, je 7.95 Euro)

Karadzic – fairer Prozeß nicht zu erwarten

„Karadzic gefaßt“ – jubelten vor einigen Wochen die Massenmedien. So wurde der Eindruck erweckt, der Hauptschuldige am Krieg im ehemaligen Jugoslawien sei endlich hinter Gittern. Dabei sind die eigentlichen Schreibtischtäter noch frei und brauchen auch keine Strafverfolgung zu fürchten. Es sind die damaligen Regierungschefs und Außenminister von Deutschland, der USA und Großbritannien. Sie haben den Völkern Jugoslawiens eingeredet, sie könnten nicht länger in einem Staat zusammenleben und mit Versprechungen und Drohungen gegeneinander aufgehetzt und in den Krieg getrieben.

Einen fairen Prozeß hat Karadzic in Den Haag nicht zu erwarten. Das wurde schon bei der ersten Anhörung deutlich, als ihm bei seinen Erklärungen das Mikrofon abgestellt wurde. So wie Milosevics, Seseljic und andere Serben wird er jahrelang auf die Anklageerhebung warten. Manche sitzen schon fast 10 Jahre ohne Urteil in diesem Gefängnis. Nur bei Kosovo-Albanern geht es schnell. Die werden meist schon nach wenigen Monaten freigesprochen oder zu geringen Strafen verurteilt, selbst wenn sie vorher öffentlich mit ihren Mordtaten geprahlt haben.
Gernot Linhart

Aufforderung zur Steuerflucht?

Kanzleramtsminister de Maiziére (CDU) hat das Rezept zur Beseitigung der Massenarmut. Wenn morgen alle Millionäre in Deutschland in die Schweiz auswandern würden, „hätten wir unser Armutsproblem mit einem Schlag gelöst“, rechnete er im „Mannheimer Morgen“. (Als arm gilt, wer weniger als 60% des mittleren Einkommens hat.)

Klar, entsprechend niedriger wäre dann das *Durchschnitts-Einkommen*. Das aber hat keinerlei Einfluß auf das *mittlere Einkommen*, das ganz anders berechnet wird. Maiziére hat offenbar keine Ahnung, wovon er redet. Er meinte auch, das zentrale Problem sei nicht Unterernährung, sondern Überernährung; Deutschland sei eine „reiche Überflußgesellschaft“. Da hat er recht: solche wie er sind reichlich überflüssig.

Linkspartei sucht Büroräume

Suche Zweiraumbüro in Gießen (55qm/Du/WC/kl.Küche); 400 € Warmmiete; verkehrsgünstig (Busanb.); behindertenger. Zugang erw.; Kontakt: 0176/29326478.
E-mail: feuster@linke-giessen.de/

Leserbrief an 'Gießener Allgemeine' zu „Ein-E-Jobs“: Rettungsanker... vom 23.7.8*

Richtig ist sicher, dass die Mehrzahl der Menschen arbeiten möchte und viele gerne einen Ein-E-Job annehmen, bevor sie als Erwerbslose resignieren bis dahin, dass viel zu Grunde gehen. In grauen Vorzeiten gab es Sklaven, die gerne arbeiteten und von ihrem Herren dankbar ein Stück Brot entgegennahmen. Gefängnisinsassen gehen gerne Beschäftigungen nach um so der Leere des Tages entgehen zu können. Wenn Menschen, die in Armut getrieben sind, mit Hartz-IV leben müssen und keine Hoffnung mehr sehen, dann sind diese Gedemütigten

oftmals zu allem bereit. Die Situation ist entwürdigend für alle, die zuerst getreten und wenn sie auf dem Boden liegen zur Zwangsarbeit herangezogen werden. Das ist die Logik des Kapitalismus: Die einen scheffeln Millionen, wenn sie Arbeitsplätze vernichten (Telekom, Siemens) und die Opfer werden ins Elend getrieben. Eine Gesellschaftsform, die zum Inhalt hat, dass die Armen immer ärmer und ihre Zahl immer größer wird damit die Reichen immer reicher werden, gehört abgeschafft.
Michael Beltz

*) von der GAZ nicht veröffentlicht

Die Hammerzahl

20 Tausend Jugendliche wegen Alkoholvergiftungen in medizinischer Behandlung. Vor sechs Jahren lag die jährliche Fallzahl noch bei 9500. In wie weit diese Entwicklung mit dem Anwachsen der Massenarmut zu tun hat, konnten die Mediziner nicht sagen.

23.5 Einkommensmillionäre kommen in Hamburg auf 100.000 Einwohner

Diese Zahl ermittelte das Statistische Bundesamt für das Erhebungsjahr 2004 (übrigens für Rheinland-Pfalz nur 7.8 Millionäre). Zu Massenarmut gehört immer der Reichtum der Besitzer von Produktionsmitteln.

(Zusammenstellung: Martin Wagner)

Leserbrief

Antikriegstag

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass der gescheiterte Putsch an Hitler am 20. Juli 1944 von Stauffenberg, der alljährlich geehrt wird, nur ein Bruchteil des gesamten Widerstandes gegen den Faschismus darstellt und Teile dieser Putschbewegung selber reaktionär bzw. monarchistisch waren. Aus Geheimdokumenten der Gestapo geht hervor, dass 78% des Widerstandes aus den Kreisen der Arbeiterklasse kam. Auch diese gilt es zu ehren! Uwe Moldenhauer

Leserbrief zu

„Eine moralische Instanz“,

stern Nr. 33, Seite 120*

Bei aller Lobpreisung Solschenizyns sollte nicht sein Antisemitismus und kaum ausgebürgert, seine Reise zum chilenischen Faschisten Pinochet vergessen werden. Sein Buch „Zweihundert Jahre zusammen. Die Juden in der Sowjetunion“ stößt bei all jenen auf Begeisterung, die schon immer wussten, dass die Juden an allem Schuld sind. Michael Beltz *) vom "stern" nicht veröffentlicht

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen

Probeexemplare der UZ - Zeitung der DKP

das Gießener Echo zur Probe

das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse:

Redaktionsschluß für das Oktober-Echo ist am 2.10.

Nur alle 300.000 km zum TÜV?

Wie sicher wäre der Straßenverkehr, wenn Autos, LKWs und Busse erst nach 300.000 gefahrenen Kilometern zum TÜV müßten? Solche Untersuchungsintervalle hat Bahnchef Mehdorn für die ICEs der Deutschen Bahn angeordnet. Das kam heraus, als bei einem ICE-3 die Achse brach, zum Glück bei Schrittempo im Kölner Hauptbahnhof. Wahrscheinlich haben Mehdorns Profit-Experten ausgerech-

net, daß dank der in der BRD üblichen niedrigen Entschädigungen bei Verletzung oder Tod eine gelegentlichen Bahn-Katastrophe billiger kommt als regelmäßige Untersuchungen in angemessenen Abständen.

Für den von ihm durchgesetzten Börsengang der Bahn tut dieser Mann alles – und der Verkehrsminister, der ihn eigentlich kontrollieren sollte, schaut zu. G.L.

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

Gießener Echo

Konto Nr. 193070,
BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

Es dankt sehr herzlich:
die Echo-Redaktion

Veranstaltung des DKP-Parteivorstands



Samstag, 27. September, in Recklinghausen, Bürgerhaus Süd, 14 bis 19.30 Uhr (Einlaß 13 Uhr)

Programm: Revue „40 Jahre DKP“, Diskussion, Rote Runden, Konzert, Ausstellung....

Gewinne und Preise der Bahn: Um 7,1% auf 874 Milliarden Euro hat die Bahn ihren Gewinn im ersten Halbjahr 2008 gesteigert. Dennoch will Mehdorn die Preise um bis zu 3,2% erhöhen. Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) findet das in Ordnung. Er betonte, daß die Bahn nach streng wirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeite und die Preiserhöhung daher unverzichtbar sei.

Diskussionsveranstaltung Migrantische – Arbeitskämpfe

Zu Fragen globaler sozialer Rechte in den USA

mit **Xiomara Corpeno**

von der Menschenrechtsorganisation CHIRLA aus Los Angeles, USA

Mittwoch, 10. September, 18 Uhr, DGB-Haus, Dachsaal

Es sind eingeladen und diskutieren: Gewerkschafter, Ausländerbeirates, Mitglieder des Linksbündnisses, von Parteien und Initiativen, Montagsdemonstranten...

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

Woche für Woche
Antikriegszeitung

Probeexemplare bzw.
10 Wochen Gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZabo@t-online.de
www.unsere-zeit.de

10. bundesweiter Kongreß der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Gewerkschaftspolitik

Über Sozialpartnerschaft hinaus zur vollen Kooperation?

am 25./26. Oktober in Frankfurt
Näheres über die Echo-Redaktion oder
www.labournet.de/GewLinke/

Konzertlesung mit Ernesto Cardenal

(ehemaliger Kultusminister im sandinistischen Nicaragua) und

Grupo Sal „canto a la vida“,

Musik aus Lateinamerika

Samstag, 27. September, 19.30 Uhr, Petruskirche, Wartweg 9

Kartenvorverkauf im Weltladen Gießen für 12 €, ermäßigt 9 €, online Kartenbestellung: www.mittelhessen.dgb.de. Abendkasse 15 € bzw. 12 €

Veranstalter: verdi, IGM, DGB, ev. und kath. Institutionen, Weltladen sowie Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen – San Juan del Sur/Nicaragua.

Demo in Berlin

Samstag, dem 11. Oktober,
14 Uhr Alexanderplatz



GEGEN Überwachung, Vorratsdatenspeicherung, Einschränkung der Privatsphäre
FÜR Freiheit Demokratie, Recht auf private Kommunikation, Meinungsfreiheit,

eine gerechte und freie Gesellschaft
Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!

Vormerken:

19. - 21. 6. '09

16. Volksfest
der DKP & UZ



Jeden Montag, 18 bis 19

Uhr bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo:

www.gimode.wordpress.com